

21.07.2016

Autor:

Dr. Nikos Förster, LLH-Marktinformation, nikos.foerster@llh.hessen.de

Neues Hilfsprogramm der EU für Milchviehalter

Mit einem weiteren Hilfspaket will die EU den Milchviehaltern unter die Arme greifen. Wie der Agrarrat in Brüssel am Montag verkündete, sollen abermals 500 Mio. Euro zur Bewältigung der Milchkrise zur Verfügung gestellt werden. 350 Mio. Euro davon dürfen die Mitgliedsstaaten selbst für nationale Programme verwenden, wobei Deutschland gemäß dem Umlageschlüssel etwa 58 Mio. Euro erhält. Insgesamt 150 Mio. Euro sind für Maßnahmen der freiwilligen Mengenreduzierung vorgesehen. Wer seine Milcherzeugung freiwillig einschränkt, soll nach dem Willen von Phil Hogan eine Bonuszahlung in Höhe von 14 Cent je Kilogramm weniger erzeugter Milch erhalten.

Mit dieser Regelung erhofft sich die Kommission, dass die Angebotsmenge binnen eines Zeitraums von drei Monaten um etwa 2 Mio. t sinkt. Allerdings soll die Prämie ausschließlich für Mengen gewährt werden, die unter der Vorjahreslinie liegen. Trotz dieser Einschränkung schätzt das Kieler Institut für Ernährungswirtschaft (IFE) die Bonuszahlung als ausgesprochen attraktiv ein. Laut den Experten könnte das Programm bei einer Größenordnung von 150 Mio. Euro im Ergebnis zu einer Verringerung des Milchaufkommens um ca. 2% führen. Unter der Voraussetzung, dass andere Betriebe ihre Produktion konstant halten, wäre in diesem Fall mit einem Preisanstieg von ebenfalls 2% zu rechnen. Jedoch sei der Effekt der Maßnahme nur schwer nachzuweisen, da die Mitgliedsstaaten möglicherweise zusätzlich eigene Programme zur Mengenreduktion auferlegen.

In Deutschland hat sich bei der letzten Sonder-Agrarministerkonferenz am vergangenen Freitag derweil kein Konsens herausgebildet, mit welchen Maßnahmen die Milchkrise zu bewältigen ist. Ein gemeinsamer Beschluss zu einer entschädigungslosen Mengenregelung kam durch das Veto des Landes Rheinland-Pfalz am Ende nicht zustande. Diese Haltung steht im Einklang mit den Positionen der EU-Kommission, die ebenfalls obligatorischen Mengenreduzierungen und Quotenregelungen eine Absage erteilte. Einigkeit besteht indessen darin, dass zukünftig nur diejenigen Gelder erhalten sollen, die auch de facto weniger Milch erzeugen.